

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

1.10.1862 (No. 230)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 1. Oktober.

Nr. 230.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufsgebühren: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Auf das mit dem 1. Oktbr. beginnende vierte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz Bestellungen an.

Für Frankreich abonniert man bei Hrn. G. Alexandre (Brandgasse Nr. 28) in Straßburg und bei dem Bureau central de publicité pour l'Allemagne (29, Rue des Bons Enfants) zu Paris.

## Telegramme.

**Neu-York, 20. Sept.** Das Resultat der Schlacht vom 17. d. ist unentschieden. Der Verlust der Unionisten beläuft sich auf 6- bis 10,000 Mann. Dreizehn Generale wurden verwundet und einer getödtet. Die ganze südliche Armee ist über den Potomac zurückgezogen.

Die unionistische Garnison von Munfordsville, 4500 Mann stark, hat sich am 17. d. ergeben. Die Südlichen marschieren gegen Winchester. Bundes-Kanonenboote zerstörten Prentice am Mississippi. Die Südlichen konzentrierten sich zu Goldborough, um Newbern anzugreifen.

**Turin, 28. Sept.** Die „Italie“ bestätigt die gerühten Gerüchte bezüglich eines Ministerwechsels. Andern Gerüchten zufolge wäre Marquis v. Assisio, Präses von Genoa, für das Ministerium des Ackerbaues und des Handels bestimmt. Minghetti ist heute Morgen in Turin angekommen.

**Rom, 28. Sept.** Die Vermählung der Prinzessin Annunziata, der Schwester Franz II., mit dem Erzherzog Karl von Oesterreich wird am 15. Oktbr. durch Prokuration in Rom stattfinden.

## Deutsche Abgeordnetenversammlung zu Weimar.

Erster Tag.

**Weimar, 29. Sept.** Die gestrige erste Sitzung deutscher Abgeordneter begann um 11 Uhr und dauerte — mit einer Unterbrechung von 4 bis 6 — bis Abends 8 Uhr. Die Zahl der Theilnehmer belief sich nach Ausweis der Namensliste auf 209. Der „Weimar. Ztg.“ entnehmen wir über die Verhandlungen Folgendes:

Zur Eröffnung der Sitzung begrüßt Fries aus Weimar die Mitglieder der Versammlung Namens der Bürgerschaft und der Gemeindebehörden der Stadt.

Hierauf tritt die Rednerbühne der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. v. Blunckli, um über die Thätigkeit des Ausschusses der Pfingsterversammlung Bericht zu erstatten. Redner beginnt damit, in Kürze die Erwägungen zu entwickeln, welche zur Gründung einer Versammlung deutscher Volksvertreter geführt hätten. Er weist zunächst den Vorwurf zurück, daß Parteintrüben und nicht offen daliegende Momente es gewesen seien, welche die Gründer geleitet hätten. Der Gedanke sei lediglich hervorgegangen aus dem dringenden Bedürfnis des deutschen Volkes, aus dem Mangel einer einheitlichen Verbindung zwischen den einzelnen deutschen Ländern. Hätten wir eine Institution, die dem abhülfe, hätten wir ein deutsches Parlament, dann wäre diese Versammlung überflüssig. Der Zweck der Versammlung sei weder, dem Nationalverein Konkurrenz zu machen, noch, sich ihm unterzuordnen. Sie liehe ganz selbständig da. Einer ihrer Hauptzwecke sei der, daß die Männer, welche durch wesentlich gleiches Streben verbunden seien, auch persönlich in Beziehung treten.

Aus diesen Gedanken und Erwägungen sei die Versammlung hervorgegangen. Ihm (Redner) sei das Amt des Vorsitzenden übertragen worden, und er habe die hiermit verbundenen schwierigen und undankbaren Geschäfte ganz allein zu besorgen gehabt; er habe dabei sogar seinen eigenen Sekretär machen müssen. Diese persönliche Bemerkung halte er für nötig, nicht zu unterdrücken.

Die Hauptfrage sei gewesen, wie das Verhältnis zu den Deutsch-Oesterreichern zu regulieren. Infolge dessen erhaltenen Auftrags des Ausschusses schrieb Redner an die H. Brinz und Rechbauer zu Wien den Ausdruck des Wunsches der Kommission, sich über diese Frage zu besprechen. Hr. Rechbauer habe seine Geneigtheit zum Eingehen auf diesen Schritt ausgesprochen. Er habe dabei — das erkläre er hiermit öffentlich — den Hrn. Rechbauer aus einem Mann kennen lernen, dessen Herz bei Deutschland ist, und der aufrichtig ist; zugleich aber habe er (Redner) auch erfahren, daß es ihm (Rechbauer) schwer werde, wenn ein großer Druck geübt werde, bei Dem zu verharren, was er anfänglich, seiner Ueberzeugung und seinem Gemüth folgend, für das Richtige erkannt habe.

Redner gibt hierauf eine Darstellung der nachfolgenden Verhandlungen, die Versammlung der Kommissionsmitglieder zu Augsburg und die zu Wien zur Zeit des Juristentages gepflogene „freie Besprechung“ und die weiteren Verhandlungen über die den Ort der Versammlung, die Einladungen zu derselben und das endliche Ausbleiben der Oesterreicher, ausführlich, wie die Aufforderung außerdem, es möge jeder Theilnehmer jener Verhandlungen ihn berichtigen oder wider-

legen, sofern er etwas Unrichtiges berichtet oder etwas Wichtiges übergehe.

Im Namen der Vorbereitungskommission werden hierauf vom Redner der Versammlung vorgeschlagen zum Präsidenten: Fries aus Weimar; zu Vizepräsidenten: Urruh aus Berlin, Dr. Barth aus Kaufbeuren. Die Versammlung nimmt die Vorschläge an. Zur Vervollständigung des Geschäfts-bureau's werden bestimmt: Siegel aus Dresden und Kitz aus Dyrdruff.

Fries, Urruh und Barth danken für die auf sie gefallene Wahl, die sie annehmen.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird vom Präsidenten die Tagesordnung verkündet. Nach Feststellung der Geschäftsordnung stellt zunächst zum ersten Gegenstand der Tagesordnung — Bericht der Vorbereitungskommission (Berichterstattung Blunckli) — Friedleben aus Frankfurt a. M. den Antrag: Die Versammlung erkläre, nachdem sie den Bericht über die Thätigkeit der Vorbereitungskommission gehört, daß die Oesterreicher keinen Grund gehabt, von der Versammlung hinwegzubleiben, und daß sie bedauere, daß dies dennoch geschehen sei. Gegen den Antrag sprechen Benedey und v. Bennigsen, mit dem Bemerkten, daß man gegen die Oesterreicher einen Tadel nicht aussprechen könne, ohne sie gehört zu haben. Auf Antrag v. Urruh's geht die Versammlung zur Tagesordnung über.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet folgender Antrag von Dr. Joseph aus Leipzig und Dr. Lang aus Wiesbaden:

Da in mehreren deutschen Staaten auf gesetzmäßigem Weg vereinbarte und in Wirksamkeit getretene Verfassungen von den Regierungen einseitig theils aufgehoben, theils abgeändert und an die Stelle der gesetzmäßigen Volksvertretungen Ständeversammlungen einseitig wieder hergestellt oder neu geschaffen worden sind, und da die unheilvollen Folgen dieser Vertheilung in verschiedenen Ländern noch heute fortbestehen, so beschließt die Versammlung:

- 1) In der Zulassung der Mitglieder solcher thatsächlich bestehenden Ständeversammlungen ist ein Anerkenntniß jener rechtswidrig erlassenen Bestimmungen keineswegs enthalten, vielmehr ist
- 2) die Wiederaufrichtung des Rechtszustandes in jenen Ländern ein allgemeines deutsches Interesse.

Dr. Joseph: Der gestellte Antrag sei entsprungen aus dem Streben, dem unmittelbaren Rechtsbewußtsein einen Ausdruck zu geben, und bestimmt, denjenigen Völkern, welche noch in dem Kampfe um Wiederherstellung des gebrochenen Rechtszustandes begriffen sind, eine Ermuthigung zu verleihen. Redner bittet deshalb um möglichst einstimmige Annahme seines Antrages. Meyer aus Bremen: Er wolle gegen den Antrag keine Polemik hervorrufen, halte es aber für Pflicht, zu konstatiren, daß die jetzige Bremer Verfassung, welche, nach Aufhebung der früheren, mit Hilfe des Bundesstages eingeführt worden sei, dem Bremer Gemeinwesen vollständig genüge. Werneher von Nierstein gegen den Antrag. Für denselben sprechen Erbert aus Kurhessen, M. Biggers (Meklenburg) und mehrere Andere. — Bei der Abstimmung wird der Antrag mit allen gegen 6 Stimmen angenommen.

Man ging nunmehr zur Bundesreform-Frage über, welche die Fragen der Delegirtenversammlung und des Bundesgerichts in sich schließt. Da der Kommissionsantrag, wie wir ihn bereits gestern mitgetheilt, einige Modifikationen erlitten hat, so theilen wir ihn nochmals mit. Derselbe lautet:

Bei Wädigung der Reformvorschlüge, welche dermalen am Bunde verhandelt werden, fragt es sich um die Bedingungen der Rechtsgiltigkeit solcher Reformen und um ihren materiellen Werth. Die Versammlung erklärt jede Veränderung des bestehenden deutschen Verfassungsrechts nur dann für gültig, wenn sie unter Mitwirkung und Zustimmung einer Nationalvertretung zu Stande gekommen ist. Die Beratung hierzu vom Volk gewählten Abgeordneter ist um so dringender, je weniger die deutsche Reform, nach dem eigenen Zustände der Regierungen, Aussicht leidet. Das vorgeschlagene Bundesgericht erscheint nach Einrichtung und Zuständigkeit als eine der Freiheit höchst gefährliche Institution. Die projektierte Delegirtenversammlung aber, zumal wenn sie händig dem Bundestag zur Seite treten soll, kann die Versammlung nur als eine Einrichtung erachten, durch welche der Gang der Geschäfte noch schwerfälliger gemacht wird, ohne daß sie andererseits einen wesentlichen Nutzen zu gewähren vermöge. Dem Bedürfnis nach Vertretung der Nation kann nur ein Parlament genügen. Ein Parlament kann aber nicht dem Bundestag, sondern nur einer wirklichen Zentralgewalt gegenübergestellt werden. Parlament und Zentralgewalt sind daher als die beiden Angelpunkte der deutschen Bestrebungen festzuhalten. Nur der Uebergang aus dem Staatenbunde in den Bundesstaat vermag die deutsche Nation zu befriedigen, wie dies bereits in der Reichsverfassung von 1849 anerkannt worden ist. Von diesem Bundesstaat will die Versammlung keinen deutschen Stamm ausgeschlossen wissen, namentlich nicht die Deutsch-Oesterreicher, obgleich die Konstituierung des übrigen Deutschlands von der Möglichkeit ihres Zutritts nicht abhängig gemacht werden kann. Dagegen erklärt sie den Eintritt der bisher nicht im Deutschen Bunde befindlich gewesenen Länder Oesterreichs für unvereinbar mit den nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes.

Daran schloß sich ein Antrag von Hölder und Genossen gegen das Bundesgericht, der nach zehn verschiedenen „Erwägungen“ lautet:

Die Versammlung deutscher Abgeordneter erkläre: I. Die beim Bundesstag von mehreren Regierungen beantragte Errichtung eines Bundesgerichts wäre ohne Mitwirkung und Zustimmung einer frei gewählten

Nationalvertretung den Rechten des deutschen Volks im höchsten Grade gefährlich; II. der Bundestag ist zu einem solchen einseitigen Vorgehen gar nicht zuständig; III. die deutschen Volksvertretungen haben die dringende Aufforderung, gegen einen hierauf begründeten Bundesbeschluß Verwahrung einzulegen und sich der Ausführung desselben mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu widersetzen.

Vor Beginn der Debatte verkündet der Präsident eine Reihe anderer, auf denselben Gegenstand gerichteter Anträge, darunter einen des Hrn. Rittinghausen aus Köln, ehemaligen Mitglieds des Vorparlaments, und in Veranlassung dieses Umstandes bringt der Präsident die Frage in Anregung, ob Mitglieder des Vorparlaments überhaupt zur Theilnahme an der Versammlung berechtigt seien? Nach kurzer Debatte wird diese Frage mit großer Mehrheit verneint und erhält nunmehr Rittinghausen mit Genehmigung der Versammlung das Wort zu einer Schlussbemerkung über den erfolgten Beschluß. Redner benützt diese Gestattung dazu, der Versammlung sowohl wie insbesondere dem Bureau einen tendenziösen Beschluß wegen seines auf Herstellung einer Delegirtenversammlung beim Bundesstage gerichteten Antrags deshalb beizumessen, weil derselbe den Gesinnungen der Nationalvereinsler nicht entspreche. In Veranlassung dieser Aeußerung entzieht jedoch der Präsident unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung dem Redner alsbald das Wort.

Nach Verkündigung einiger weiteren Anträge, welche theilweise nicht einmal die nach der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung von 10 Stimmen finden und deshalb gar nicht zur Verhandlung gelangen, erhält der Berichterstatter der Kommission, Dr. Barth, das Wort, und begründet in längerer, von öfterem Beifall begleiteter Rede den Kommissionsantrag unter Anschluß an die einzelnen Sätze desselben.

J. Benedey: Der Kommissionsantrag gehe nicht weit genug; die deutsche Nation müsse die Wiederherstellung der Reichsverfassung von 1849 als ihr Recht fordern, und dürfe von dieser Forderung nie und unter keiner Bedingung abgehen. Redner empfiehlt daher die Annahme eines von ihm, Schüller (Zena) und den Württembergern Feger, Goltzer, Ludw. Seeger, Ad. Seeger, A. Walther, Scholtz, Ammermüller, Süßkind und Dessner eingebrachten Antrags folgenden Inhalts:

Wir beantragen, die Versammlung deutscher Volksvertreter wolle erklären: 1) Die bundesstaatliche Einheit Deutschlands, wie sie unbeschadet der Selbständigkeit der einzelnen Staaten in internen Landesangelegenheiten in der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 ihre rechtliche Verwirklichung gefunden hat, ist eine politische Nothwendigkeit für die Selbsthaltung und das Ansehen Deutschlands nach außen, ferner für die Begründung und Feststellung der Freiheit und eines gesicherten Rechtszustandes nach innen. Sie kann nur herbeigeführt werden durch Einberufung eines Parlaments; die Herstellung eines solchen für ganz Deutschland ist ein Recht des deutschen Volks, dessen Erreichung mit allen gesetzlichen Mitteln zu betreiben, ist die Pflicht eines jeden Deutschen, sowie aller deutschen Regierungen und Landtage. 2) Das deutsche Parlament muß aus freien Volkswahlen hervorgehen. Eine Delegirtenversammlung aus den Kammeren der einzelnen deutschen Länder ist nicht einmal als eine Abschlagszahlung anzusehen, sondern von den Kammeren zurückzuweisen. 3) Das Parlament muß das gesammte Deutschland, darf aber keine nichtdeutschen Länder deutscher Fürsten umfassen. Pläne, welche eine engere politische Verbindung einzelner deutscher Staaten bezwecken und auf Ausschließung anderer deutscher Länder aus dem engeren Bunde berechnet erscheinen, sind als zur Zerstückelung Deutschlands führend zu verwerfen. 4) Die Frage über die deutsche Exekutivgewalt ist unter Mitwirkung und Zustimmung des deutschen Parlaments zu regeln.

Welder für den Kommissionsantrag unter Begründung des von ihm gestellten Amendements:

Der Antrag über das Bundesverhältnis möge hinzugefügt werden die Erinnerung an unsern historischen Rechtsboden oder an das wohlverworbene Recht der deutschen Nation auf ihre Reichsverfassung von 1849 und die zeitgemäße Wiederherstellung unseres taufendjährigen Reichsrechts, sowie an eine neue Einberufung einer allgemein deutschen Nationalversammlung, um unter angemessener Mitwirkung der Regierungen die Verfassung zu revidiren und durch die Feststellung der nationalen Bundesrechte der mit fremden Staaten verbundenen deutschen Länder, sowie durch Bestimmung über die Ausübung der Reichsoberhoheit zu ergänzen.

Wigard zur Begründung eines eigenen Antrags für die Reichsverfassung von 1849.

Behrend (Danzig) für den Kommissionsantrag mit dem Bemerkten, daß die Gegenanträge im Wesentlichen und materiell sich nicht von den Kommissionsanträgen unterscheiden. In dessen seien die Worte im Satz 2: „jede Veränderung des bestehenden deutschen Verfassungsrechts“ unklar. Redner beantragt deshalb folgende Fassung: „Die Versammlung erklärt es bei jeder Veränderung der faktisch bestehenden deutschen Bundesverfassung für erforderlich, daß sie unter Mitwirkung und Zustimmung einer Nationalversammlung zu Stande komme.“

Heinrich v. Gagern vertritt sich in längerem Vortrag über seine Stellung zu der schwersten Frage der deutschen Bundesreform. Redner hält das Recht des deutschen Volkes, vom Staatenbunde zum Bundesstaat und (wie er hinzuzufügen für nötig hält) zum parlamentarischen Bundesstaat zu ge-

langen, für unbefreitbar. Eine Zentralgewalt sei aber, wie die Dinge jetzt liegen, nur auf dem Wege der Einigung zwischen Oesterreich und Preußen und einer von beiden gemeinsam paritätisch zu führenden Zentralgewalt unter Mitwirkung eines deutschen Parlaments, welches einen einigenden Druck üben werde, zu erreichen.

Es war inzwischen 4 Uhr geworden und die Versammlung vertagte sich. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung begründeten Mez und Schulze-Delitzsch folgenden, inzwischen durch v. Bennigsen, Fries, Hölder, v. Hoverbeck, Mez, Schulze-Delitzsch und Schaffrath formulierten Vermittlungsantrag:

Wir beantragen, die Versammlung deutscher Volksvertreter wolle erklären: 1) Die bundesstaatliche Einheit Deutschlands, wie sie, umgehört der Selbständigkeit der einzelnen deutschen Staaten in inneren Landesangelegenheiten, in der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 ihren rechtlichen Ausdruck gefunden hat, ist eine politische Notwendigkeit für die Selbsthaltung und das Ansehen Deutschlands nach außen, sowie für die Begründung und Festhaltung der Freiheit eines gesicherten Rechtszustandes nach innen. Sie kann nur herbeigeführt werden durch Einberufung eines Parlaments. Die Herstellung eines solchen für ganz Deutschland ist ein Recht des deutschen Volkes; dessen Errichtung mit allen gesetzlichen Mitteln zu betreiben, ist die Pflicht eines jeden Deutschen, sowie aller deutschen Regierungen und Landtage. 2) Das deutsche Parlament muß aus freien Volkswahlen hervorgehen. Die projektierte Delegiertenversammlung aus den Kammern der einzelnen deutschen Länder ist nicht einmal als eine Abschlagszahlung anzusehen, sondern von den Kammern zurückzuweisen. 3) Das vorgeschlagene Bundesgesetz erscheint nach Einrichtung und Zuständigkeit als eine der Freiheit höchst gefährliche und durchaus unverwerfliche Institution. 4) Die nationale Einigung hat das gesammte Deutschland zu umfassen; es darf nicht nur kein deutscher Bruderstamm ausgeschlossen werden, sondern es ist eben so sehr das Recht wie die Pflicht aller einzelnen Staaten, dem Gesamtverband sich anzuschließen. Dies gilt namentlich auch in Beziehung auf das Verhältnis zu Oesterreich. Sollten aber der Herstellung einer Deutsch-Oesterreich umfassenden bundesstaatlichen Einigung für den Anfang unübersteigliche Hindernisse im Wege stehen, so darf dies für die übrigen deutschen Staaten kein Abhaltungsgrund sein, mit der Ausführung des nationalen Werkes an ihrem Theile zu beginnen. Dagegen ist der Eintritt der bisher nicht im Deutschen Bund befindlichen Länder Oesterreichs unvereinbar mit dem nationalen Bedürfnis des deutschen Volkes. 5) Die Frage über die deutsche Centralgewalt ist unter Mitwirkung und Zustimmung des deutschen Parlaments zu regeln.

Probst spricht im Interesse der Deutsch-Oesterreicher gegen den Antrag.

Der Vermittlungsantrag von Bennigsen u. wurde schließlich, nachdem die übrigen zurückgenommen waren, mit allen gegen drei oder vier Stimmen angenommen.

#### Zweiter Tag.

\* Wir geben über die Verhandlungen vom 29. d. einige Notizen über die Hauptresultate, uns vorbehaltend, Näheres nachzutragen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist folgender, von der Kommission empfohlene Antrag Hölder's (Stuttgart): Die Versammlung spreche der preussischen Abgeordnetenkammer für ihre Haltung bezüglich des Militäretats, welche für die Entwicklung des konstitutionellen Lebens in Deutschland von der höchsten Bedeutung ist, ihre Anerkennung aus.

Hr. v. Gager beantragt Uebergang zur Tagesordnung, weil er nicht glaubt, daß es Zweck der Versammlung sei, sich mit der Fortschrittspartei, welche die bekannten Beschlüsse des preussischen Abgeordnetenhauses herbeigeführt, zu identifizieren. Nachdem Blunzli und Mez den Antrag verteidigt, wird zur Abstimmung geschritten und derselbe — mit Ausnahme v. Gager's — einstimmig angenommen. Die preussischen Mitglieder enthalten sich der Abstimmung.

Letzte erstattet hierauf Bericht über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung: Sagen des deutschen Abgeordnetentages. Es sind deren 9 vorgeschlagen. Sie werden genehmigt und ein ständiger Ausschuß gewählt. Derselbe besteht aus folgenden Abgeordneten: Behrend (Danzig), Vette (Berlin), v. Unruh (Berlin), v. Hoverbeck (Unkel), Crämer (Doos), Barth (Kaufbeuren), Joseph (Leipzig), Mez (Darmstadt), Blunzli (Heidelberg), Decker (Kassel), Moriz Bigger (Moskau), Pfeiffer (Bremen), Sigism. Müller (Frankfurt), Lang (Wiesbaden), Bieweg (Braunschweig), Fries (Weimar), Oberländer (Rohrbach).

Der also gewählte Ausschuß kooperierte dann vorläufig noch 11 weitere Mitglieder: v. Sybel, Löwe, Cetto (Preußen), Böhl, Brater (Bayern), Eichorius (Sachsen), Planck (Hannover), A. Seeger, Probst (Württemberg), Rebellhau (Kurhessen), Häusser (Baden).

Den letzten Verhandlungsgegenstand bildet die Zollvereins-Frage. Berichterstatter Crämer (Doos). Er bringt einen Kommissionsantrag ein, der in folgender, während der Verhandlung mit Zustimmung der Kommission modifizierter Fassung einstimig angenommen wird:

Die Versammlung erklärt, daß der gegenwärtig zwischen den Regierungen der Zollvereins-Staaten ausgebrochene Zwist dem Wohl der deutschen Nation und dem Ansehen der Regierungen vererblich, daher eine baldige Erledigung desselben dringend ist; die Versammlung erkennt, daß die Grundursache dieses Zwistes in der schlechten Verfassung des Zollvereins gelegen ist; sie spricht sich deshalb dahin aus:

1) Daß zwar die Gründung des wirklichen Bundesstaates auch in handelspolitischer Beziehung das erste Bedürfnis Deutschlands ist, dessen Befriedigung auch diesem Nothstande abhelfen wird; daß jedoch 2) so lange, bis dieses Ziel erreicht sein wird, die Auflösung des für Deutschland unentbehrlichen Zollvereins zu vermeiden ist; daher 3) bei der Erneuerung desselben eine Verbesserung seiner schlechten Verfassung unerlässlich scheint.

Die Abstimmung wird mit anhaltendem Bravo aufgenommen.

Damit wurde der Abgeordnetentag geschlossen. Der Handelsvertrag mit Frankreich kam nicht zur Verhandlung.

#### Deutschland.

Stuttgart, 26. Sept. (Schluß der an Preußen gerichteten, den Handelsvertrag betreffenden Depesche.)

Was sodann die einzelnen Vertragsbestimmungen betraf, so hatten wir aus den im April d. J. an uns gelangten Mittheilungen zu erhellen, daß den von uns ausgesprochenen Wünschen in vielen Beziehungen nicht entsprochen wurde; wie denn z. B. die französischen Werthzölle, sowie die vielfachen, in solcher Mannigfaltigkeit die Anwendung außerordentlich erschwerenden Gradationen bei den Zöllen auf Eisen, Garn und Gewebe in Frankreich fortzubehalten sollten.

Dann, was die Konzessionen des Zollvereins anbelangt, daß auch bei solchen Waaren, welche in Frankreich fortwährend nach dem Werthe verzollt werden, dieselbe sofort Zollermäßigungen eintreten sollten. Ferner, daß die Eingangszölle im Zollverein nicht nur bei einigen minder bedeutenden Gegenständen, wie Wachs, Zwirn, Seiden und fertigen Kleidern, sondern auch bei den Baumwolle-, Wolle- und Seidenwaaren, dann bei dem Eisen — also gerade bei den wichtigsten Erzeugnissen deutschen Gewerbetreibenden, wie schon oben bemerkt ist, weit unter dasjenige Maß herabgesetzt werden sollten, welches wir in der Note vom 24. Mai v. J. als nach unserer Ansicht mit den volkswirtschaftlichen Interessen des Vaterlandes noch vereinbar bezeichnet hatten.

Wir müssen ferner auch jetzt noch die Art. 8, Abs. 2, Art. 23, Abs. 2, Art. 25 und 31 des Handelsvertrages als solche hervorheben, welche in uns gewichtige Bedenken hervorrufen, indem Hr. Graf v. Bernstorff durch die Verweisung auf seinen Entschluß an den Hrn. Grafen v. Perponcher und hierin leineweg zu beruhigen vermochte.

Denn es hat zwar, was den Art. 8 des Vertrages betrifft, der Zollverein bis jetzt diejenigen ausländischen Weine u. s. v. von welchen der Eingangszoll bezahlt worden ist, von weiteren Steuern im Innern frei gelassen. Aber dieser, schon bisher mancher Anfechtung unterliegenden Freilassung will jetzt durch die beantragte Herabsetzung des Eingangszolls auf französische Weine eine noch weit eingreifendere Wirkung gegeben, und es soll vom Zollverein überdies die Verpflichtung übernommen werden, an derselben zwölf Jahre lang nichts ohne Zustimmung Frankreichs zu ändern.

Was hierüber (Art. 23) die Durchfuhr von Schießpulver und Waffen betrifft, so kann der Umstand, daß bisher in dem Zollverein ein Verbot solcher Durchfuhr (der Regel nach) nicht bestand, sicher nicht als gleichbedeutend betrachtet werden mit der Uebernahme einer Verpflichtung gegen Frankreich, ein solches Verbot auch während der Vertragsdauer nicht zu erlassen. Allerdings befreit der Schluß der auf diesen Artikel des Handelsvertrages bezüglichen Stelle des Erlasses an den Hrn. Grafen v. Perponcher, daß es in der Absicht der k. preussischen Regierung gelegen sei, eine solche Verpflichtung für den Zollverein zu übernehmen; allein wir müssen darauf beharren, daß nach den allgemeinen Auslegungsregeln deren Uebernahme aus dem Art. 23 des Handelsvertrages allerdings abzuleiten ist.

Auch die Bemerkung zu dem Art. 25 des Handelsvertrages kann unsere diesfalls bestehenden Bedenken nicht beseitigen. In Württemberg werden zwar unter Voraussetzung der Reziprozität Ausländer hinsichtlich des Gewerbeverkehrs den Inländern gleich behandelt; allein wir müssen es im Hinblick auf die möglichen Entwicklungen mit dem Ausland als wesentlich verschieden betrachten, ob ein Staat nur in Folge seiner Gesetzgebung Ausländern eine solche Begünstigung zugestehet, oder ob er einem auswärtigen Staate vertragsmäßig das Recht einräumt, eine solche für seine Angehörigen in jedem einzelnen Falle zu fordern und gegen jede Aenderung der hierauf bezüglichen einheimischen Gesetze Einsprüche zu erheben.

Betreffend endlich den Art. 31, so handelt es sich nicht allein um den Zeitpunkt, in welchem die Verhandlungen mit Oesterreich zu beginnen wären, sondern hauptsächlich darum, daß durch die mit gänzlicher Nichtbeachtung des österreichischen Protestes vom September 1861 hier gegebene Zusicherung, Frankreich an allen Zugeständnissen Theil nehmen zu lassen, welche Oesterreich etwa werden gemacht werden, die in den Verträgen von 1853 enthaltene Verheißung einer nähern Handelsverbindung mit Oesterreich verletzt werden müßte.

Ebenso muß die Einsprache gegen die Bestimmung, daß gegen Frankreich kein Verbot der Einfuhr oder Ausfuhr in Kraft treten dürfe, welches nicht gleichzeitig auf alle anderen Nationen Anwendung fände, jedenfalls im Hinblick auf die außerdeutschen Provinzen Oesterreichs entschieden festgehalten werden.

Diese gewichtigen Bedenken gegen eine Reihe einzelner Bestimmungen des Handelsvertrages und die Betrachtung der großen Nachteile, welche aus vielen der in den Vertrag vom 2. August aufgenommenen Positionen des Eingangszoll-Tariffs des Zollvereins für die deutsche Industrie notwendig hervorgehen müßten, verbunden mit der Ueberzeugung, daß durch den Vertrag in volkswirtschaftlicher Beziehung dem Zollverein keine neuen Vortheile irgend im Verhältnis stehende Vorteile würden zugewandt werden, haben denn die diesseitige Regierung bestimmt und bestimmen sie fortwährend, ihre Zustimmung zu den Verträgen vom 2. August d. J. zu verweigern. Indem sie dies gethan hat und thut, handelt sie im Einklang mit sämtlichen, für die Interessen des Handels und der Industrie im Lande bestehenden Organen, und eben so zuversichtlich darf sie auf die entscheidende Zustimmung der ständischen Kammern rechnen, von welchen, wie die Kundgebungen der Mitglieder ihrer Kommissionen außer Zweifel stellen, nur eine beinahe einstimmige Verwerfung jener Verträge zu erwarten gewesen wäre.

Der Hr. Graf v. Bernstorff erklärte am Schluß seiner Note, er müsse eine definitive Ablehnung jener Verträge als den Ausdruck des Willens auffassen, den Zollverein mit Preußen nicht fortzusetzen. Gegen eine solche Unterstellung, womit eventuell die Schuld an der Auflösung des Zollvereins der diesseitigen Regierung darum aufgebürdet werden will, weil dieselbe nach gewissenhafter Erwägung jene Verträge als dem deutschen Vaterlande nachtheilig ablehnen zu müssen glaubt, muß ich mich eben so förmlich als entschieden verwahren. Die k. württembergische Regierung hat den Zollverein, so wie er bisher bestanden hat, immer als ein Glück und eine Wohlthat für Württemberg und für ganz Deutschland betrachtet, und rühmt sich, ihres Theils zu dessen Begründung von Anfang an mitgewirkt zu haben. Ihr steht daher gewiß die Absicht fern, diesen Zollverein nicht fortzusetzen.

Nach den geltenden Zollvereins-Verträgen setzen alle Aenderungen der Zollvereins-Gesetze und des Zollvereins-Tariffs die Zustimmung aller Zollvereins-Genossen voraus. Wenn nun eine im Zollverein begriffene Regierung, ohne vorher der Zustimmung ihrer Genossen sich versichert zu haben, mit einem auswärtigen Staate die wesentlichen Aenderungen jener Gesetze und Tarife verabredet, und wenn dann jene Regierung ihrerseits die Zustimmung der übrigen Zollvereins-Staaten zu diesen Aenderungen zu der Bedingung machen wollte, unter welchen alleinigen den Zollverein fortsetzen werde: wäre in einem solchen Falle die Absicht, den Zollverein aufzulösen, jener Regierung, oder wäre sie denjenigen

Zollvereins-Staaten zuzuschreiben, welche das bisher Bestehende beibehalten wollen?

Doch ich enthalte mich einer weiteren Erörterung dieser Coequalität. Die Segnungen, welche der Zollverein für Preußen nicht weniger als für die übrigen Zollvereins-Staaten gebracht hat und bringt, berechtigen mich zu der Hoffnung, daß auch die k. preussische Regierung, welche schon längere Zeit vor dem 11. Aug. insbesondere auch auf dem Wege gesandtschaftlicher Berichterstattung die vollste Ueberzeugung erlangt haben mußte, daß eine Zustimmung Württembergs zu den Verträgen nicht zu erwarten sei und welche nach dem Protokolle vom 2. Aug. d. J. sich auch nicht zu der Ratifikation der an diesem Tage unterzeichneten Verträge verpflichtet hat — gerne allen Bedacht darauf nehmen wird, eine Ausgleichung der bestehenden Differenz zu suchen. Wir unsererseits wünschen aufrichtig eine Verständigung, welche die Freiheit des Handels und Verkehrs in Deutschland erweitert, statt früher allfällige Schranken derselben auf's neue aufrichten zu lassen; wir glauben aber den richtigen Weg zu einer solchen Verständigung fortwährend darin erblicken zu müssen, wenn baldmöglichst umfassende Verhandlungen und Verhandlungen unter den Zollvereins-Regierungen über eine Revision des Zollvereins-Tariffs eingeleitet und dabei auch der k. österreichischen Regierung möglichst gemacht würde, ihre Wünsche und Interessen in geeigneter Weise geltend zu machen.

Die Berücksichtigung dieses Wunsches müssen wir daher der k. preussischen Regierung auf das dringendste an das Herz legen, indem wir übrigens der ferneren Entwicklung dieses ernsten Gegenstandes um so mehr mit Ruhe entgegenblicken, als wir gewiß sind, in vollem Einklang mit den Anschauungen unserer Landesvertretung zu handeln, und als wir, was auch das Endergebnis sein möge, uns nicht außer Stand befinden werden, für die Handels- und Gewerbeinteressen des Landes die für ihr Gedeihen nöthige Fürsorge zu treffen.

Empfangen Euer u.

München, 28. Sept. (A. J.) Der Präsident des ständigen Ausschusses des deutschen Handelstages, Hr. Hansmann, wird bereits am nächsten Mittwoch vier Eintreffen, um die weiteren Einleitungen für die Versammlung zu treffen. Die Verhandlungen des Gesamtschusses über die an die Versammlung zu bringenden Anträge werden am 6. Okt. beginnen. Die Sitzungen des Handelstages, zu welchem man 200 bis 300 Abgeordnete erwartet, werden im großen Saal des l. Theaters stattfinden.

Frankfurt, 29. Sept. (A. J.) Zur Ergänzung des Senats wurde heute gewählt: Dr. Jäger, Dr. Supf, Dr. Tertor und der Handelsmann Schöffler. Dieselben nahmen unter dem Vorbehalt an, eine eingehende Erklärung nach Vollzug sämtlicher Wahlen für den Senat abgeben zu dürfen.

Kassel. Wie dem „Boten“ geschrieben wird, ist der frühere Redakteur der „Kasseler Ztg.“, W. Obermüller, seit dem 23. wieder auf freiem Fuß. Der Drucker der „Kasseler Ztg.“ hat seine Klage zurückgenommen und allen Ansprüchen entsagt. Obermüller hat eine Klage beim Obergericht wegen Verletzung seiner Zeitung auf dem Wege der Gewalt anhängig gemacht und verlangt volle Entschädigung.

Berlin, 29. Sept. Der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde allseitig mit äußerster Spannung entgegengeesehen. Die Tribünen waren überfüllt. Zunächst nimmt das Wort Ministerpräsident v. Bismarck-Schönhausen:

Ich habe die Ehre, im Namen der königl. Staatsregierung die nachstehende Erklärung abzugeben. Nachdem das hohe Haus alle in der Reorganisation des Heeres beruhenden Auslagen aus dem Etat von 1862 abzusehen beschloffen hat, muß die königl. Regierung annehmen, daß dieselben Beschlüsse sich bezüglich des Etats für 1863 unverändert wiederholen werden, wenn derselbe gegenwärtig zur Verathung kommt. Da die königl. Regierung ihrerseits ebenfalls an den Auffassungen festhält, welche durch ihre Organe bei der Verathung des Budgets für 1862 vertreten worden sind, so steht es zu gewärtigen, daß die Ergebnisse einer sofortigen Beschlusnahme über den Etat von 1863 der zukünftigen Erledigung der streitigen Fragen nicht förderlich seien, sondern die Schwierigkeiten derselben erheblich vermehren werden. Die bisherigen Verhandlungen haben außerdem herausgestellt, daß eine den Bedürfnissen des Landes entsprechende Feststellung des Budgets erst durch die von der königl. Regierung für die nächste Sitzungsperiode in Aussicht genommene Verständigung über ein anderweitiges Gesetz hinsichtlich der Verpflichtung zum Kriegsdienst ermöglicht werden kann.

Auf den Antrag des Staatsministeriums haben daher des Königs Majestät mich durch Allerhöchste Ermächtigung vom 27. v. M., welche ich hiermit überreiche, zu beauftragen geruht, den auf Grund Allerhöchsten Erlasses vom 25. Mai d. J. den beiden Häusern des Landtags zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegten Gesetzentwurf, die Feststellung des Etats von 1863 betreffend, zurückzuziehen, wie hiermit geschieht. Die königl. Regierung beabsichtigt damit nicht, den Grundbesatz aufzugeben, daß die Etats in Zukunft zeitig genug vorgelegt werden, um ihre Feststellung vor dem Beginn des Jahres, für welches sie bestimmt sind, möglich zu machen; sie hält nur in dem gegenwärtigen Falle für ihre Pflicht, die Hindernisse der Verständigung nicht höher anschwellen zu lassen, als sie ohnehin schon sind. Sie wird im Laufe der nächsten Sitzungsperiode den Etat für 1863 in Verbindung mit einem die Lebensbedingungen der eingetretenen Heeresreform aufricht erhaltenden Gesetzentwurf zur Regelung der allgemeinen Wehrpflicht und demnach rechtzeitig den Etat für 1864 dem hohen Hause zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorlegen.

Inzwischen wurde ein hinreichend unterstützter Antrag des Abg. Frese eingereicht, welcher dahin geht, die so eben abgegebene Erklärung des königl. Staatsministeriums der Budgetkommission zur baldigen Beschlußnahme vorzulegen. Abg. v. Bokum-Dolffs: Ich lade die Mitglieder der Budgetkommission ein, in die Verathung zu treten und erlaube die H. Staatsminister, der Sitzung betheiligen zu wollen. (Hr. v. Bismarck nickt bejahend zu.) Das Haus geht darauf zur Verathung des Reichensperger'schen Antrags über, welcher lautet: „Das Haus wolle beschließen: daß der Schluß einer Debatte, zu welcher sich Redner angemeldet haben, nicht eher herbeigeführt werden kann, bevor nicht wenigstens einer der Angemeldeten das Wort erhalten hat.“ Nachdem der Berichterstatter, Abg. Bachsmuth, unter größter Unruhe des Hauses gegen den Antrag gesprochen, wird derselbe mit 140 gegen 113 Stimmen abgelehnt. Schluß der Sitzung 10 1/2

Uhr, nächste morgen. Tagesordnung: Etat des Kultus, des Innern und der Marine.

Der Staatsminister a. D., Frhr. v. Bodelschwingh, ist gestern Morgen aus Westphalen hier eingetroffen, und hatte bald nach seiner Ankunft eine Unterredung mit Hrn. v. Bismarck. Ob die Unterhandlungen mit demselben wegen Uebernahme des Finanzministeriums bereits zu einer Beilegung der etwa entgegenstehenden Hindernisse geführt haben, ist nicht bekannt. Die Ernennung eines Finanzministers ist noch nicht erfolgt.

\* **Wien, 22. Sept.** Als zwei Momente der großen Politik hebt die „Donau-Ztg.“ die Ernennung des Kabinetts Bismarck in Preußen und die jüngste Eröffnung des „Moniteur“ über die italienische Frage hervor. Was das offizielle Organ über die preussische Krise urtheilt, ist von besonderem Interesse. Es sagt hierüber:

Deutsche Organe schreiben dem Ministerium Bismarck die Absicht einer Aktionspolitik zu. Wir sind der festen Ueberzeugung, jede Partei, die zur Regierung eines Landes gelangt, könne sich der realen Bedingungen, welche ihr die Lage vorschreibt, nie entziehen. Wir irren kaum, wenn wir annehmen, Preußen sei vorzugsweise darauf angewiesen, das europäische Recht und den europäischen Frieden zu wahren. In diesem Betracht läuft seine Bestimmung der Oesterreichs vollkommen parallel. Der Probierstein des Verhältnisses, in welches das neue Kabinet zu unserer Regierung treten wird, dürfte ohne Zweifel die deutsche Frage werden. Unter allen Umständen wird Oesterreich an der doppelten Pflicht, die es sich anerkennet, — den begonnenen loyalen Fortschritt im eigenen Hause, und — so weit seine Kräfte reichen — in Deutschland zu pflegen, — unverrücklich festhalten haben. Es wird auf dem Wege fortwährend, den es zu seinem Heile betreten hat und der es allein einem schönen und lebendigen Ziele zuführen kann.

In den letzten Tagen hat dasselbe Blatt wiederholt Gelegenheit ergriffen, um jeden Gedanken einer laxeren Ordnung zwischen den beiden Hälften des Reichs zu bekämpfen und der endlichen Durchführung der Februarverfassung auch jenseits der Leiba das Wort zu reden. Diese Erscheinung dürfte namentlich für die „Großdeutschen“ von besonderem Interesse sein, d. h. für jene deutschen Politiker, welche, wie bei der Diskussion der deutschen Reichsverfassung vom Jahr 1849, die zum deutschen Bundesgebiet gehörigen österröschischen Kronländer völlig gleichberechtigt in das zu reorganisierende Deutschland gestellt wissen möchten, was doch ohne ein gelockertes Verhältniß dieser Kronländer zu den außer dem Bundesverband befindlichen gar nicht möglich ist. Gewisse sich so nennende „Großdeutsche“ neuern Datums freilich, die wohl oder übel für Oesterreich immer noch als den Hort aller parlamentarischen, aristokratischen und ultramontanen Herrlichkeiten schwärmen und gar nichts dawider haben, wenn auch Magyaren, Italiener, Dalmatiner und Slowaken in dem „deutschen“ Parlamente mitreden oder auch ohne Parlament die deutschen Geschicke mitbestimmen helfen würden, werden sich über diese Frage keine grauen Haare wachsen lassen.

**Wien, 27. Sept.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Zwischen dem Grafen Rechberg und dem Hrn. v. Bismarck sind alle Meinungsdivergenzen wieder ausgeglichen, und es ist gewiß, daß ihm jene Haltung in Sachen des Handelsvertrags, welche man hier als eine augenblickliche Verirrung betrachtet, wieder verziehen worden ist. Zwischen Oesterreich, Bayern, Hannover und Württemberg hat man sich bereits über die Haltung geeinigt, welche der von Preußen in der Bundesreformfrage erhobenen Opposition gegenüber fürderhin beobachtet werden soll, und hat sich nunmehr auch Hr. v. Bismarck durch den persönlichen Einfluß des Grafen Rechberg bestimmen lassen, dieser Vereinigung beizutreten. — Hr. v. Bismarck trifft heute oder morgen hier ein, um sich mit dem Grafen Rechberg zu besprechen und die Instruktionen einzuholen, welche die politischen Fragen, mit denen sich die Bundesversammlung in der nächsten Zeit zu beschäftigen haben wird, erforderlich machen. Graf Karnicki ist auf seinen Posten nach Kassel zurückgekehrt und war bereits in der angenehmen Lage, einen befriedigenden Bericht nach Wien zu senden. Das Kurfürstenthum tritt definitiv in das Lager der Würzburger ein, ebenso rechnet man hier mit Bestimmtheit darauf, daß sich das Kurfürstenthum gegen den preussisch-französischen Vertrag und für die deutsch-österreichische Zollvereinbarung aussprechen werde. Hr. v. Dehn soll in dieser Beziehung dem Grafen Karnicki bereits entgegenkommende Mittheilungen gemacht haben. — Es steht nunmehr fest, daß der siebenbürgische Landtag in diesem Jahr nicht mehr einberufen wird. Die Komitatskongregationen sollen im Monat November einberufen werden.

† **Wien, 28. Sept.** In der deutschen Frage dürfte ein Stillstand eintreten; wenigstens dürfte man von hier aus darauf hinwirken, zunächst auch den am Bunde schwebenden Anträgen keine weitere Folge zu geben. Dem neuen preussischen Kabinet steht man wie einem Räthsel gegenüber; man weiß noch nicht, wie man sich zu ihm zu stellen hat. Nicht bloß sachliche, sondern auch persönliche Bindungen sehr gereizter Natur bezeichnen fortgesetzt die Beziehungen des Grafen Rechberg und des Hrn. v. Bismarck, als sie noch die Aufgabe hatten, ihre betr. Regierungen am Bundestage zu vertreten; es dürfte hiernach von vorn herein kaum zu erwarten sein, daß dieselben Persönlichkeiten, wie sie an der Spitze der gesammelten auswärtigen Politik einander gegenüber stehen, sich mit Vertrauen oder mit Wohlwollen entgegenkommen. Aber, was die Hauptsache ist, man ist hier vollständig unorientirt über die Bedeutung der Nachgelangung des Hrn. v. Bismarck, so weit es sich dabei nicht um die nächstliegende innere Frage der Militärorganisation handelt; man weiß nicht entfernt, ob er namentlich die deutsche Politik seines Amtsvorgängers wieder aufzunehmen und fortzusetzen berufen und gesonnen ist. Aus diesem Grunde scheint man ein Temporiren für angezeigt zu halten, bis die Situation sich mehr geklärt hat. Schon sind, dem Vernehmen nach, Schritte gethan, dem Eifer der bisherigen Parteigänger Jügel anzulegen, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Bundesversammlung sich unter den gegebenen Verhältnissen mit der Berichterstattung

über die Bundesreform-Anträge nicht übermäßig berufen, sondern erst sehen wollen, wie „der Hase läuft“.

Der Finanzausschuß hat bereits die Bankstatuten erledigt und die Beratung des Bankvereinbundes in Angriff genommen, zunächst die Frage über die Verzinslichkeit oder Unverzinslichkeit des 80-Millionen-Anlehens an den Staat. Auch hier hat sich die Regierung auf einen vermittelnden Standpunkt gestellt, insofern sie dieses Anlehen so lange, als die Bank ihre Baarzahlungen nicht wieder aufgenommen, gar nicht, von dem gedachten Zeitpunkt an aber mit 2 Proz. zu verzinsen gedankt; die Verzinsung würde sich also als eine ermunternde Prämie an die Bank darstellen. Den Schwerpunkt der übrigens noch nicht abgeschlossenen Debatte bildet eine Rede des Staatsministers, welche wesentlich die politische Seite der Frage betonte und es für die Pflicht der Reichsvertretung erklärte, an die Erzielung eines großen Resultats nicht mit feintlichen Mitteln zu gehen.

### Frankreich.

§ **Paris, 29. Sept.** Die „France“ meldet, daß ihre Mittheilung von dem unangenehmen Eindruck der Note des Generals Durando an allen Höfen Europas, mit Ausnahme Englands, sich vollkommen bestätigte. Das Organ des Hrn. v. Lagueronnière glaubt zu wissen, daß bei Mächten, welche zuletzt das Königreich Italien anerkannten, gefunden haben, daß die genannte Note mit den von Durando selbst gleichzeitig gemachten Versicherungen wenig im Einklang stehe. — Dasselbe Blatt hebt heute hervor, daß die Beurteilung der bekannten Moniteur-Artikel die einleitende Note, welche doch eine so hohe Wichtigkeit hat, daß der Minister des Innern sie den Präfecten wöchentlich durch die Telegraphen übermitteln zu sollen glaubte, — nicht gehörig gewürdigt worden ist. In dieser einleitenden Note heißt es: „... eine Ausöhnung zwischen dem heil. Vater und Italien hat nicht aufgehört, das Ziel der Kaiserl. Politik zu sein“. Die „France“ ist der Ansicht, daß der Ausdruck „nicht aufgehört“ den Hoffnungen einer Räumung Roms, welche man auf die Moniteur-Beröffentlichung gründet, geradezu widerspricht. — Der Herzog von Malakoff wird in Paris erwartet. — Der bekannte Löwenjäger Gerard hat im Auftrag der Regierung eine Reise nach den Innern Afrikas angetreten, um Beziehungen mit den dortigen Stämmen anzuknüpfen und die Handelsstraße (wohl auch Militärstraße) durch die Sahara zu öffnen. — Die Regierung hat den Genieoffizier Oberst Grafen Lafontaine nach Rom geschickt, um die Befestigungen dieser Stadt zu vervollständigen. — Die neuesten Depeschen aus New-York, 18. d. ist nötig, um zu entscheiden, auf welcher Seite der Sieg ist. Charakteristisch für die unseligen Zustände, welche der Bürgerkrieg in Amerika herbeiführte, ist, daß der Bruder der Gemahlin des Präsidenten Lincoln als General des Südbundes fiel, und daß die Gemahlin des Präsidenten durch die Generale Mac-Clellan und Halleck angeklagt wurde, die militärischen Operationen dem Feinde verrathen zu haben. — Heute wurde das Urtheil in Sachen der 22 der Koalition wegen Arbeitsverweigerung angeklagten Schriftsetzer gesprochen. Zwei von ihnen wurden freigesprochen, neun zu zehntägiger, zwei zu vierzehntägiger, und die neun Mitglieder des Schriftsetzer-Ausschusses zu einmonatlicher Gefängnisstrafe, Alle außerdem zu je 16 Fr. Geldbuße und solidarisch in die Kosten verurtheilt. — 3proz. 70.30. Jtal. Anl. 71.75.

### Baden.

§ Aus dem Mittelrheinkreis, 30. Sept. Eine Beratung von Lehrern, welche die Angelegenheiten des Schulwesens zum Gegenstand hat, gehört heutzutage — Dank dem fortgeschrittenen Zeitbewußtsein — mit zu den öffentlichen Interessen. Es wird deshalb auch eine kurze Darstellung der am 26. und 27. d. M. in La hr gepflogenen Verhandlungen badischer Schulmänner aus dem Kreise der Mittelschule in diesen Blättern nicht unwillkommen sein. Natürlich ist hier nicht der Ort für die Besprechung rein technischer Fragen; die Organisation der Schule aber in ihren allgemeinen Grundzügen ist bereits so vielfach in öffentlichen Schriften und namentlich auch in diesem Blatte erörtert worden, daß ein solcher dahin zielender neuer Beitrag nicht fehlen darf.

Ueber Zweck und Art der Versammlung wurde voriges Jahr, als es sich um die Einrichtung solcher regelmäßigen Zusammenkünfte handelte, ausführlicher berichtet. Der Geschäftsgang im Allgemeinen blieb dieses Jahr der gleiche: am Vorabend gegenseitige Begrüßung und vertrauliche Besprechung; an den darauf folgenden zwei Versammlungstagen Sitzung von 8 bis 2 Uhr; darauf das gemeinsame Festmahl. Die Frequenz blieb nur ein Weniges hinter der Offenburger Versammlung zurück: es waren, wenn wir nicht irren, 56 Teilnehmer eingeschrieben, während es das letzte Mal deren 61 waren. Die Anwesenden gehörten zu etwa zwei Dritttheilen der Lehrerschule an; das andere Drittel bildeten die Kollegen der höhern Bürgerschule. Außerdem durfte sich die Versammlung der Theilnahme zweier Mitglieder der Polytechnischen Schule und eines Schulfreundes aus dem Kreise der Universität erfreuen und den neuen Oberschulrath in den zwei anwesenden H. Frick und Gruber begrüßen. In der Natur der Sache liegt es, daß das mittlere und jüngere Alter die überwiegende Zahl bildete; doch vermehrte die Versammlung nur ungern eine größere Zahl von Veteranen, darunter Einige ihrer früheren Gönner. Um so freudiger begrüßte sie ihre beiden Präsidenten des vorigen Jahres, Geh. Hofrath Dr. Godel von Karlsruhe und Prof. Dr. Weber von Heidelberg, welchen sie einstimmig auch jetzt das Amt des Vorsitzes übertrug, während die Schriftführung nach dem Vorschlag des Präsidiums in die Hände der H. Prof. Gieseler aus La hr, Gymnasiallehrer Bauer aus Lauterbachshausheim, und Dr. Karleimling aus Mannheim gelegt wurde.

Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Gymnasialdirektor des Ortes, Prof. Fesenbech, und einer kurzen Berichterstattung Namens der vorbereitenden Kommission durch Prof. Dr. Furtwängler von Freiburg leitete der Vorsitzende die durch das Programm bestimmten Verhandlungen ein durch einen Rückblick auf die Ergebnisse der Offenburger Versammlung, und schloß durch sachgemäße Beschlüsse eine Kontinuität

tät der Versammlungen sämtlicher Lehrertage an. Nur kurz gedachte er dabei der heftigen Kritik, welche die letzte Versammlung in einer neulich erschienenen Schrift erfahren hat, indem er die Vertretung des Geistes jener Versammlung und die Mißdeutung einzelner Anträge und Beschlüsse gebührend zurückwies, ohne deshalb den sonstigen Gehalt des Schriftchens an treffenden Ansichten in Abrede zu stellen.

So viel für heute, als Einleitung zu einer kurz zusammengefaßten Besprechung der Hauptpunkte, welche den Inhalt der nunmehr folgenden Beratungen und Beschlüsse bilden.

Heidelberg, 28. Sept. (Heidelberg. Ztg.) Die Eröffnung der Oberrheinischen Versammlung ist nun bestimmt auf den 19. Okt. festgesetzt.

× **Mannheim, 29. Sept.** Obwohl der Herbst an der Haardt im Allgemeinen erst am 6. Okt. anfangen soll, so hat man doch schon im Lauf vergangener Woche am Oberrhein, wie in Raiffamm, Miltzweiler etc., damit begonnen und auch bereits Käufe abgeschlossen. Es wurden 160 bis 180 fl. per Fuder (1000 Liter) bezahlt, wovon ein Theil an den hiesigen Platz gebracht wurde, der bekanntlich fast ausschließlich seinen Bedarf mit Oberrheinischer Pfläzer Weinen deckt. Die mittlern und geringen alten Weine fielen in Folge der günstigen Ernteausichten um 25 bis 30 Proz. im Preise. Das Geschäft in 1862er Pfläzer Tafelweinen nahm ebenfalls im Lauf der vorigen Woche seinen Anfang, und blieb trotz der hohen jüdischen Feiertage anhaltend lebhaft, und zwar in Sandblättern, für welche noch nie dagewesene Preise erzielt wurden. Seidenheim, Friedrichsfeld, Neudorf, Schweltingen etc. haben zu 11 bis 14 fl. schon viel verkauft, und in Pfaffstadt sind sogar 17 fl. per Zentner erlöbt worden. Starke Nachfragen aus Holland sollen die hohen Preise für Sandblätter herbeigeführt haben. Die politischen Konstellationen, insbesondere aber der amerikanische Bürgerkrieg, von dessen Verlauf und Ausgang die Preise für Tabak ganz vorzugsweise abhängig sind, lassen, wenn auch ein lebhaftes Geschäft, doch gewiß keine übertriebene Spekulationen bei unserm vorsichtigen Kaufmannstand aufkommen, und der Produzent dürfte wohl daran thun, seine Waare nicht allzu lang am Dach hängen zu lassen. In Hirschen ist es auf dem Lande wieder ruhiger, da ein großer Theil der Ernte bereits in festen Händen ist. Die im vorigen Spätjahr am hiesigen Platz stattgehabten starken Kartoffelverladungen nach dem Niederrhein sind dieses Jahr eben so wenig wie Fruchtladungen zu bemerken; es gehen sogar von Holland große Quantitäten Kartoffeln nach den preussischen Rheinprovinzen. Beim Mangel jeglicher Ausfuhr, und da der Ertrag quantitativ und qualitativ nichts zu wünschen übrig läßt, stehen die Preise jetzt schon niedriger (1 fl. per Ztr.), und ein weiteres Sinken derselben ist unaussprechlich. Mit Errichtung einer Produktionskommission geht das erwähnte Komitee vorwärts, und sind bereits die erforderlichen Schritte zur Ordnung des Senzatswesens dahier eingeleitet.

× **Tauberscheid, 29. Sept.** Der „Bad. Anzeig.“ zufolge wurde heute der Präsident des Großh. Handelsministeriums, Geh. Rath Weizel, mit 42 gegen 16 Stimmen zum Abgeordneten gewählt.

Freiburg, 29. Sept. (Freiburg. Ztg.) Zu Ehren der von hier scheidenden H. Offiziere beider großh. Jägerbataillone wurde von der Gemeindebehörde auf gestern Abend ein Abschiedsmahl veranstaltet. Dasselbe war, außer den geladenen Gästen, noch von andern Theilnehmern recht zahlreich besucht. Es herrschte die ungezwungenste Heiterkeit, die durch die schönen Vorträge der Militärkapelle und vielfache Trinksprüche gehoben wurde.

Nächsten Mittwoch den 1. Oktober werden die Abgeordneten der im Verband des Rheinischen Kunstvereins stehenden Städte Karlsruhe, Darmstadt, Mainz, Mannheim, Straßburg und Stuttgart hier eintreffen und an den drei folgenden Tagen ihre Jahresversammlungen in Angelegenheiten des Kunstvereins halten.

§ **Bom Schwarzwald, 28. Sept.** Der anhaltend lebhafteste Absatz, den unsere mechanischen Musikwerke im Ausland finden, hat nicht allein zur Vermehrung und Vervollkommnung dieser Instrumente im Allgemeinen viel beigetragen, sondern auch den Impuls zur Anschaffung von Maschinen gegeben, wodurch die Fabrikation wesentlich erleichtert und vervielfältigt wurde. So hat Hr. Hubert Blesing in Unterlärnach in seiner Werkstätte eine Dampfmaschine, eine Eisens- und eine Holzbockelmaschine, eine Bandsäge etc. stehen, welche sämtliche Maschinen aus der mechanischen Werkstätte von J. G. Weiser und Söhne in St. Georgen bezogen wurden. Es ist selbstverständlich, daß durch eine solche Einrichtung, welche gewiß auch bei den übrigen Meistern baldigen Eingang finden wird, die Fabrikation einen bedeutenden Vorzug erhält, sowohl durch die Genauigkeit der Arbeit, als auch durch die Beschleunigung derselben. In wenigen Tagen wird Hr. Hubert Blesing ein großes Orchesterion vollenden, worauf wir die Freunde dieses Schwarzwälder Industriezweiges jetzt schon aufmerksam machen wollen; denn unseres Erachtens wird dies das großartigste und ingenieusche Musikwerk sein, welches der Kunstfleiß des Schwarzwälders bis dahin geschaffen. Wir werden seiner Zeit über dieses Werk Näheres berichten.

Ueber die nun beendigte Frucht- und Dehmernte hört man allenthalben befriedigende Aeußerungen, namentlich ist die letztere sehr ergiebig ausgefallen, was auch die Ursache ist, daß die Viehpreise in letzterer Zeit nicht unerheblich gestiegen sind. Sämmtliche Futterkräuter, sowie die Wurzel- und Knollengewächse sind heuer vortreflich gerathen, und der im Frühsommer befürchtete Futtermangel hat sich nun in einen Futterreichthum verwandelt. Nur ist zu beklagen, daß die Kartoffelkrankheit bei uns in hohem Grade vorhanden ist.

### Vermisste Nachrichten.

† **Pesth, 26. Sept.** (Öst. P.) Heute Vormittag vor 10 Uhr ist das Gerüst bei dem Leopoldstädter Kirchenbau eingestürzt. Bis jetzt (11 Uhr 20 Min.) wurden von den Arbeitern — Slowaken — 6 Tode und ein schwer Verwundeter unter den Trümmern hervorgezogen.

\* **Karlsruhe, 30. Sept.** Bei der heute vorgenommenen Gewinnziehung der badischen 35-fl. Loose sind folgende Haupttreffer gezogen worden:

Nr. 133,706 40,000 fl. Nr. 334,100 10,000 fl. Nr. 129,103 4000 fl. Nr. 11,834, 253,083, 343,224, 344,234, 348,764 à 2000 fl. Nr. 11,822, 13,885, 36,699, 50,703, 85,700, 154,681, 193,121, 214,377, 219,256, 334,068, 344,224, 365,389 à 1000 fl.

Verantwortlicher Redacteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

3.o.494. Karlsruhe. Die Regulierung der Renththal-Postomnibus-Kurse betr.

Vom 1. f. Monats an werden, statt wie bisher drei, nur noch zwei tägliche Postomnibus-Kurse zwischen Appenweier und Petersthal mit nachfolgenden Kurzzeiten unterhalten werden:

Kurs I.: um 5<sup>15</sup> Morgens. in Appenweier: um 8 Morgens, zum Anschluß an die Züge III., IV. a. und IV. b. Kurs II.: um 4<sup>30</sup> Nachmitt. um 7<sup>15</sup> Abends zum Anschluß an die Züge IX. a., XI. und XII. a.

aus Appenweier: in Petersthal: Kurs I.: um 9<sup>15</sup> Morgens, im Anschluß an die Züge III. a., IV. a. und IV. b. Kurs II.: um 4<sup>30</sup> Nachmitt. um 7<sup>30</sup> Abends, im Anschluß an die Züge VII. und VIII. Karlsruhe, den 28. September 1862. Direktion der großh. Verkehrsanstalten. Zimmer. Schneider.

3.o.540. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die Postverbindung zwischen Mülbacher, bezw. Pforzheim und Wildbad betr.

Die diesjährige Sommer-Postverbindung zwischen Mülbacher, Pforzheim und Wildbad wird mit Ende dieses Monats eingestellt und an deren Stelle wird vom 1. künftigen Monats an eine tägliche Post-Eilwagenfabri zwischen den genannten Orten eingeführt werden, welche aus Wildbad um 6<sup>15</sup> Morgens abgehen, in Mülbacher um 11<sup>15</sup> Vormittags ein treffen, von da um 4<sup>30</sup> Nachmittags wieder rückkehren und in Wildbad um 9<sup>15</sup> Abends ankommen und in Pforzheim an den Tag IV. nach Karlsruhe und VII. von Karlsruhe anschließen wird. Karlsruhe, den 30. September 1862. Direktion der großh. Verkehrsanstalten. Zimmer. vdt. Schneider.

3.o.542. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die Postverbindung zwischen Gernsbach, Herrenalb und Neuenbürg betr.

Vom 1. künftigen Monats an wird die Postfabri-Verbindung zwischen Gernsbach, Herrenalb und Neuenbürg aus Gernsbach um 2 Nachmittags, nach Ankunft des Postomnibus I. von Muggensturm, abgehen, in Neuenbürg um 7<sup>15</sup> Abends ein treffen, und aus letzterem Orte um 8<sup>15</sup> Vormitt. abgehen und in Gernsbach um 1<sup>30</sup> Nachmitt., zum Anschluß an den Postomnibus II. nach Muggensturm, ankommen. Karlsruhe, den 30. September 1862. Direktion der großh. Verkehrsanstalten. Zimmer. vdt. Schneider.

3.o.260. Mannheim.

Musikzöglinge-Aannahme.

Bei unterzeichnetem Kommando werden mehrere militärbienstäufige Musikzöglinge, jedoch nur mit guten Vorkenntnissen versehen, auf den 1. Oktober d. J. angenommen. Lusttragende haben sich persönlich zu melden und ihre Leumundzeugnisse mitzubringen. Mannheim, den 19. September 1862. Großh. Kommando des 2ten Dragonerregiments Prinz Karl.

3.o.551. Durlach.

Weinlese.

Nächsten Donnerstag den 2. Oktober beginnt in hiesiger Gemarkung die allgemeine Weinlese. Durlach, den 29. September 1862. Bürgermeisteramt. Bahret.

3.m.17. Nr. 901. Karlsruhe.

Allgemeine Versorgungsanstalt im Großherzogthum Baden.

Die badische allgemeine Versorgungsanstalt in Karlsruhe gibt fortwährend Darlehen mit gewöhnlicher Verzinsung oder auf Annuitäten, und zwar gegen doppeltes Unterpfand in Liegenschaften oder auf Staatspapiere in Staatspapieren und Pfandverschreibungen. Auch kann bei derselben baares Geld hinterlegt werden, welches sie mit drei vom Hundert verzinst. Karlsruhe, den 30. September 1862. Verwaltungsrath.

3.o.544. Karlsruhe.

Geld auszuleihen.

Bei der Privatparthe, Vorderer Artikel Nr. 5 in Karlsruhe, liegen Gelder zum Ausleihen zu billigen Zinsen bereit; bei größeren Beträgen auf Staatspapiere zu 4 1/2 % und auf Liegenschaften zu 4 %. Man sieht der Entsendung von Verlagsheften über Liegenschaften mit beantworteten Grundungsbedingungen entgegen.

3.o.310. Stuttgart.

Anerbieten.

Junge Töchter, welche die hiesigen Lehranstalten besuchen, finden bei einer gut empfohlenen stillen Familie Aufnahme in Kost, Wohnung und Pflege gegen billige Ansprüche. Das Nähere bei der Expedition dieses Blattes.

Lehrlinggesuch.

3.o.536. Ein junger Mann aus guter Familie wird unter günstigen Bedingungen in ein frequentes Spezerei- und Kurzwaarengeschäft in einer größeren Stadt des Mittelrheinstroms als Lehrling aufgenommen. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

3.o.549. Karlsruhe.

Gehilfenstelle.

Einem soliden, wohl empfohlenen Gehilfen wollen wir eine angenehme Stelle in einer Apotheke eines Städtchens zum sofortigen Eintritt nach, und dürfte einem eraminirten der Vorzug eingeräumt werden.

Gebrüder Jost in Karlsruhe.

3.o.512. Stuttgart. Strebsame Geschäftsleute werden eingeladen zum Abonnement auf das IV. Quartal des

Allgemeiner Deutscher Telegraph für Anzeigen von mehr als lokalem Interesse, und Correspondenzblatt für Kapital, Talent und Arbeit.

Preis pr. Dtl. 12 Sgr., Inserf.-Gebühr pr. Spalt. Zeitzeile 3 Sgr. Jede Nr. enthält Besprechungen wichtiger geschäftl. Fragen, belehrende Aufsätze aus National-Öconomie, Handel und Gewerbe etc. und eine Masse für die Geschäftswelt nützlicher Inzerate, die das Blatt durch alle deutschen Länder verbreitet. Bestellungen übernimmt jede Post und Buchhandlung. Stuttgart, Oktober 1862. Expedition des Allgem. Deutsch. Telegraph.

Zu wahrhaften Spottpreisen!

Joseph Strauß in Bockenheim bei Frankfurt a. M.

erläßt wegen Aufgabe des Lagers: Maler. Universum in 100 der schönsten Ansichten in seinen Kupferstichen, Groß-Oktav-Format (früher 14 fl.) zu nur 1 fl. 45 Kr.

Weltgeschichtliche Bildergalerie, auch Illustrationen zu der Weltgeschichte von Schloffer, Becker, Rotteck etc. 80 Taf. und 20 Taf. mit 80 Porträts berühmter Personen, in fein. Kupferst. Groß-Oktav-Format (früher 18 fl.) zu nur 2 fl. 42 Kr.

Album der schönsten Ansichten Deutschlands, der Schweiz und Italiens, 100 Taf. in fein. Kupferst. Groß-Oktav-Format (früher 14 fl.) zu nur 2 fl. 20 Kr.

Erläuternder Kupfer-Atlas zu allen Conversations-Lexica, in 100 Blättern Groß-Oktav-Format (früher 9 fl.) zu nur 2 fl. 24 Kr.

Um die resp. Besteller des kleinen Porto's wegen zu entschädigen, erlasse ich obige 4 Werke, wenn zusammen genommen, zu nur 8 fl.

Ferner 36 Bde. Unterhaltungsschriften von Salver, Boz, Aussenberg etc. etc., worunter mehrere illustrierte, (früher 42 fl.) zu nur 4 fl. 30 Kr.

Gefällige Franco-Aufträge wolle man mit Cassa versehen, oder zur Postnachnahme beordern. Bockenheim bei Frankfurt a. M. Joseph Strauß.

3.o.352. Colporteur-Gesuch.

Für ein sehr abfahrsfähiges, illustriertes Lieferungswerk mit schönen Prämien werden erwandte, solide Colporteurs gesucht, und wollen darauf Reflektirende ihre Offerten unter Chiffre V. C. franco an Herrn Robert Hoffmann, Buchhändler in Leipzig, senden.

3.o.514. Mainz. Kanton Freiburg 15-Fres- oder 7-fl.-Loose.

Ziehung am 15. Oktober d. J. Haupttreffer: Fres. 60,000, 50,000, 40,000, 30,000, 20,000 etc.

Der geringste Treffer ist Fres. 12. Originalloose sind kursormäßig zu haben, sowie Loose über obige Ziehung à 30 fr. per Stück, 10 Stück 4 fl. — auf Verlangen wird für jedes Loos eine besondere Serie gegeben — zu haben bei

Weismann & Mayer, Bank- & Wechselgeschäft in Mainz.

Beträge können per Post nachgenommen werden.

Heiraths-Gesuch.

3.o.533. Ein Kaufmann in guten Verhältnissen, Witwer mit einem Kind, mittlerer Merzjahr, sucht auf diesem Wege wieder eine fauste Satin, von reiferem Alter, angenehmen Neuern und einigem Vermögen. Nicht anonyme Briefe werden franco unter A. R. F. Nr. 33 durch die Expedition dieses Blattes befördert und die strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Keine grauen Haare mehr! Melanogene von Diequemare aus in Rouen. Ein ansehnliches Haar und Vert in allen Männen, ohne Gefahr für die Haut zu färben. — Dieses Haarwasser ist das Beste aller bisher bekannten. Gen.-Depot bei Fr. Wolf & Sohn, Poststrasse in Karlsruhe. 3.o.190.

Nur 3 Thaler Pr. Ort.

3.o.16. Hamburg. Geldverloosung, in welcher nur Gewinne gezogen werden, deren Ziehung am 8. und 9. Oktober d. J.

Es werden nur vom Staate garantierte Original-Loose abgegeben, daher ist dieses Unternehmen mit dem verbotenen Promessen-Spiel nicht zu verwechseln.

Diese Geldverloosung besteht aus 19,700 Gewinnen im Betrage von

2,367,900 Mark,

worunter Haupttreffer, als: event. 200,000, 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 15,000, 8 à 10,000, 2 à 8000, 2 à 6000, 4 à 5000, 8 à 4000, 18 à 3000, 50 à 2000, 6 à 1500, 6 à 1200, 106 à 1000, 106 à 500 Mark u. s. w. zur Entschädigung kommen.

Auswärtige Aufträge, mit Rimeffen begleitet, oder durch Postvorschuß, werden nach den entferntesten Gegenden prompt und verschwiegen ausgeführt und die amtlichen Listen, sowie Gewinnregister sogleich nach der Ziehung versandt.

A. Goldfarb, Staatseffektenhandlung in Hamburg.

3.n.821. Heidelberg. Traubenzucker

in bester harter Waare, aus einer der ersten Fabriken Deutschlands, empfiehlt sowohl in kleineren als auch in größeren Quantitäten zu den Fabrikpreisen.

Wunder nebst Gebrauchsanweisungen stehen auf Verlangen gerne gratis zu Diensten.

Heidelberg, den 8. September 1862. Stöffer-Müller.

Knielingen gewonnen und mit Extrazügen auf den neuen Güterbahnhof in Karlsruhe geführt wird, soll im Sommer d. J. vorgehen werden.

Die Angebote per Kubitruhe sind verhängt bis zum 6. Oktober d. J., Vormittags 10 Uhr, auf dem technischen Bureau der unterzeichneten Stelle, wo die Vertragsbedingungen eingesehen werden können, abzugeben.

Karlsruhe, den 29. September 1862. Großh. bad. Post- und Eisenbahnamt. Der Bezirksingenieur: B i s c h o f f.

vd. Bernbacher. 3.o.397. Langensteinbach. Jagdverpachtung.

Das Jagdrecht auf der Gemarkung Langensteinbach wird Mittwoch den 15. Oktbr., Nachmittags 2 Uhr,

auf hiesigem Rathhaus für neun Jahre, vom 1. Februar 1863 an, in Pacht gegeben, bestehend in circa 3257 Morgen Wald, Feld und Wiesen; wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Langensteinbach, den 23. September 1862. Das Bürgermeisteramt. R a u.

3.o.535. Nr. 3028. Karlsruhe. Pappelstämme-Verseigerung.

Am nächsten Freitag den 3. Oktober, Morgens 10 Uhr, läßt die hiesige Stelle ungefähr 200 Stück Pappelstämme an den Meistbietenden versteigern.

Diese Stämme liegen an der Straße von Knielingen nach Marau, haben eine Länge von 15-16 Fuß, eine Stärke von 1-1 1/2 Fuß und werden der Versteigerung einzeln ausgelegt.

Die Zulammenkunft ist beim ersten Bahnwartshaus von Knielingen gegen den Rhein. Karlsruhe, den 28. September 1862. Großh. bad. Wasser- und Straßenbau-Inspektion. D e r m a l l e r.

3.o.530. Nr. 525. Gaggenau. Holzversteigerung.) Mittwoch den 8. Oktober werden wir folgende Kup- und Brennholzsortimente versteigern,

Aus dem Domänenwald III. 9. Bernstein: 72 tannene Esglöße, 232 tannene Bauhämme, 88 tannene Stangen, 14 1/2 Klafter buchendes und tannenes Scheiter- und Prügelholz, nebst 1400 Stück Wellen und 3 Loos Schlagraum.

Aus dem Domänenwald III. 2. 4. 5. 10. 11. 18 und 1. 1 und 7:

1 tannener Esglöß, 20 tannene Stämme, 211 tannene Stangen, 7 1/2 Klafter buchendes, eichenes und tannenes Prügelholz, 575 buchendes und eichene Wellen. Man verlammet sich hierzu Vormittags 9 Uhr im Engel zu Mischbach.

Gaggenau, den 28. September 1862. Großh. bad. Bezirksforstmeister. F a e l m a n n.

3.o.506. Nr. 15361. Karlsruhe. (Urtheil.)

Der Ehefrau des Kaufmanns C. F. Simmeleber hier, Dorothea, geb. Retzl, Klägerin, Appellantin,

gegen ihren Gemann, Beckl, Appellanten, Vermögensabsonderung betr., hat das großh. Hofgericht des Mittelrheinstroms in Bruchsal unterm 17. Juni d. J., Civ. Nr. 2272, 1. Senat, auf gestellte Appellationsverhandlungen zu Recht erkannt:

Das Urtheil des großh. Stadtmagistrats Karlsruhe vom 22. März 1862, Nr. 5277, besagend:

Die Klägerin sei für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Gemannes absondern und in eigene Verwaltung zu nehmen sei, unter Verfallung des Beckl, Appellanten, in die Kosten des zweiten Rechtszugs, zu beständigen.

V. R. W. Dies wird andurch öffentlich bekannt gemacht. Karlsruhe, den 18. September 1862. Großh. bad. Stadtmagistrat. v. P i n c e n t i.

3.o.361. Mannheim. Vom hohen Staats-Ministerium anerkannte

Feuersichere Stein-Dach-Pappen,

billigstes leichtes Dachmaterial für Wohn-, Fabrik- und Oekonomie-Gebäude, den Quadratfuß 1/2 Kreuzer, durch eigenes Personal fertig unter Garantie angebracht in ganz Baden 4/2 Krgr., empfiehlt die koncessionirte Dachpappenfabrik von Peter Beck am Wasewerk in Murrberg. Aufträge vermittelt Herr Hermann Reuß in Mannheim.

3.o.75. Freiburg. (Wohnung zu vermieten.) Eine schön möblirte Wohnung von 6-7 Zimmern, Küche, Keller und allen Bequemlichkeiten, in angenehmer Lage, ist an eine kleinere Familie bis 1. Oktober zu vermieten. Lud. Waldschütz.

3.o.482. Mannheim. Guanp

aus den Ansuchen der Veranauigen Regierung, unter Garantie der Echtheit, billigt bei

G. Köhler & Koch in Mannheim.

3.o.546. Nr. 5907. Karlsruhe. Vergebung von Erdarbeiten.

Das Auf- und Abladen von ungefähr 2000 Kubitruhen Sand, welcher in dem Bahnschnitt bei

Frankfurt, 29. Sept. 1862. Staatspapiere.

Deftr. 5 1/2 % Met. i. S. 6. R. 77 1/2 % G. 100 % P. 5 1/2 % do. in voll. St. — — — — — 5 1/2 % do. 1852 i. H. 77 1/2 % P. G. Hess. 5 1/2 % Obligation. 103 1/2 % G. 5 1/2 % Lomb. i. S. 6. R. 87 % P. 5 1/2 % Venet. G. 6. R. 87 1/2 % P. 5 1/2 % Nat.-Anl. 1854 64 1/2 % G. 5 1/2 % Met.-Obligat. 55 1/2 % P. 5 1/2 % do. 1852 6. R. 55 1/2 % P. 4 1/2 % Met.-Oblig. 48 1/2 % G. do. do. — — — — — 4 1/2 % do. — — — — — 5 1/2 % Oblig. 6. Rth. 107 1/2 % G. 4 1/2 % do. — — — — — 100 % P. 3 1/2 % Staatsfch. — — — — — 5 1/2 % 4. Emission 102 1/2 % P. 4 1/2 % 1/2jährig 102 1/2 % P. 4 1/2 % 1/2jährig 103 1/2 % G. 4 1/2 % 1/2jährig 101 1/2 % P. 4 1/2 % 1/2jährig 101 % G. 4 1/2 % Ablf.-Rente 101 1/2 % P. 3 1/2 % do. — — — — — 98 1/2 % P. 4 1/2 % Obl. 6. Rth. 105 1/2 % P. 4 1/2 % do. — — — — — 99 1/2 % P. 3 1/2 % do. — — — — —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3 1/2 % Frankfurter Bank 124 1/2 % G. 3 1/2 % Delerr. Bank-Aktien 74 1/2 % G. 3 1/2 % Cred. A. T. O. W. 203 1/2 % G. 3 1/2 % Badr. Bank à fl. 500 228 1/2 % P. 4 1/2 % Darmst. B. A. à fl. 250 84 1/2 % P. 4 1/2 % Weimar. Bank-Aktien 84 1/2 % P. 4 1/2 % Mittelh. Cr. A. à 100 Th. 96 % P. 4 1/2 % Nordb. Credit-Aktien — — — — — 4 1/2 % Luxemb. Bank-Aktien 103 1/2 % G. 4 1/2 % Span. S. u. Ind. fr. 500 à 25 580 % G. 4 1/2 % Taunusbahn-Akt. à fl. 250 339 1/2 % P. 3 1/2 % Frankf. Han. Gmb. A. 73 1/2 % P. 5 1/2 % Delerr. Staats-Gmb. A. 230 % G. 5 1/2 % Gf. Sab. B. fl. 200 Pr. St. 1/2 % 28 1/2 % P. Rhein-Nahe-Bahn — — — — — 4 1/2 % Verb. Eisenbahn 139 1/2 % P. 4 1/2 % Bf. Mar.-Gsb. A. 6. R. 108 1/2 % P. 4 1/2 % Bayer. Eisenbahn-Aktien 107 1/2 % P. 4 1/2 % Hess. Ludwigsbahn 127 1/2 % P. 4 1/2 % Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt. — — — — — 3 1/2 % Liv.-Mor. 420 Kr. à 28 Kr. — — — — — 3 1/2 % Def. St.-Gf. h. Prior. 53 1/2 % P. 3 1/2 % Def. Sild. St. u. Rom. Gb. — — — — — 53 1/2 % P. 3 1/2 % Elisabethbahn-Prior. 81 1/2 % G. 4 1/2 % Böh. W. B. P. i. S. 6. R. 7/8 81 1/2 % G. 4 1/2 % Hess. Ludwigsb. Prior. 102 1/2 % P. 5 1/2 % Def. Sild. B. Pr. D. i. Sild. — — — — — 2. — — — — — 5 1/2 % Lomb. Verb. Prior. - Obl. 100 1/2 % G. 4 1/2 % do. — — — — — 103 1/2 % P. 4 1/2 % Rhein-Nahe Pr. D. — — — — — 101 1/2 % P. 4 1/2 % Rf. Han. Prior. D. — — — — — 250 1/2 % P. Span. Gr. b. Beretz 70 1/2 % G. 650 % P. 4 1/2 % Sild. Bnl. A. 30 1/2 % Gmb. — — — — — 650 % P. 4 1/2 % Bayer. Dib. 30 1/2 % G. 106 1/2 % G. 3 1/2 % Deutsch. Rheinr. 20 1/2 % G. 148 % G. 4 1/2 % Hess. Provident. 10 1/2 % G.

Milchens-Loose.

Dest. 250 fl. 6. R. 1839 106 % P. 250 „ 1854 70 1/2 % G. 100 „ Pr. 1858 124 % G. 500 „ v. 1860/1 72 1/2 % P. 3 1/2 % Preuss. Pr. A. — — — — — Schwed. Rthfr. 102 „ P. 30 „ 55 % P. 50 fl. -Loose 100 1/2 % P. 30 „ 55 % P. 402 fl. 6. R. 57 1/2 % P. Gr. Hess. 50 fl. 6. R. 134 1/2 % G. 25 „ 38 1/2 % G. 25 fl. 6. R. 37 1/2 % P. Sch.-Pp. 25 fl. 6. R. 32 1/2 % P. Schw. 36 Kr. 6. R. 52 1/2 % P. Mail. 45 Kr. 6. R. 34 1/2 % P. 2 1/2 % Sild. Pr. - D. 6. R. 36 1/2 % P. Berlins-L. à 10 fl. 9 1/2 % P. Ansb.-Gumb. L. 12 1/2 % P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam f. S. 100 % P. Antwerpen „ 94 % P. Augsburg, 2 fl. 100 „ 99 1/2 % G. Berlin „ 105 % P. Bremen „ 96 1/2 % G. Brüssel „ 94 % P. Gln „ 105 % P. Hamburg „ 88 1/2 % G. Leipzig „ 105 1/2 % P. London „ 118 1/2 % P. Mail. i. fr. 200 „ 93 1/2 % G. München „ 99 1/2 % P. Paris „ 84 % P. Wien „ 94 % P. Disconto . . . . . 3 1/2 % G.

Gold und Silber

Rutor. „ „ fl. 9 39 P. Preuss. Friedrichs or. „ 9 57 P. Holl. fl. 10 Stücke „ 9 46 1/2 P. Rand-Ducaten „ 5 33 P. 20-Franctenstücke „ 9 24 P. Engl. Sovereigns „ 11 50 P. Gold pr. Zollpund „ 803 - 8 P. Hochs. Sild. v. Sild. „ 52 30 P. Preuss. Gassenfch. „ 1 45 1/2 P. Dollars in Gold „ 2 26 P.